

Pro Militia

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR EINE VERFASSUNGSMÄSSIGE UND GLAUBWÜRDIGE SCHWEIZER MILIZARMEE
PUBLICATION INDÉPENDANTE DÉFENDANT UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE ET FIDÈLE À LA CONSTITUTION
PERIODICO INDIPENDENTE PER UN ESERCITO SVIZZERO DI MILIZIA CREDIBILE E CONFORME ALLA COSTITUZIONE

Wegleitende militärpolitische Entscheide

Zusammenhänge der wichtigsten VBS-Botschaften

Paul Fäh

Finanzierungsvorgaben, der Tiger-Teilersatz, die Abstimmung über die Militärdienstpflicht, die Botschaft über die Weiterentwicklung der Armee (WEA) verbunden mit der Teilrevision des Militärgesetzes werden die militärpolitische Agenda der kommenden Jahre bestimmen. Volksentscheide stehen bevor.

Der SIPOL B 10 und der Armeebericht 10 zählen die Gefahren und Bedrohungen auf.

Die sicherheitspolitische Lage

Die jüngst veröffentlichte Studie einer Milizkommission positioniert die Aufgaben der Armee. Fazit: Risikopotentiale sind geblieben, ja haben sich verstärkt. Zunehmende Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle in verschiedensten Formen ist nicht auszuschliessen. Klassische Panzerschlachten sind aktuell kein Risiko (CdA). Käme es zu einem Angriff, so sind vernetzte und koordinierte Aktionen zu erwarten. Zu rechnen ist mit Cyberattacken, Einsatz von Raketen und unbemannten Flugzeugen, Aktionen am Boden. Die Konsequenz: Komplexe Bedrohungen erfordern breitgefächerte, vernetzte Gegenmassnahmen. Die Sicherheitspolitik – und damit auch die Militärpolitik – ist darauf auszurichten.

Das KAP

Ende Januar 2012 legte der Bundesrat ein Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm (KAP) vor. Die übrigen politischen Bereiche sollten den Mehraufwand der Armee (rund 600 Mio. Franken) finanzieren. Der Idee war gestorben, kaum lag sie auf dem Tisch. Politisch hätte sie nie und nimmer eine Mehrheit gefunden.

Der Bundesrat reagierte. Am 25. April 2012 entschied er sich für eine Armee mit einem Sollbestand von 100 000 AdA und einen Ausgabenplafond von 4.7 Mrd. Franken (TTE inklusive) ab 2015. Im Vorschlag 2013 beantragt er eine Aufstockung des Plafonds um rund 130 Mio. auf 4485 Mio. Franken. Primärzweck: Schliessen von Ausrüstungslücken.

Am 21. September 2012 beschloss der Bundesrat als zusätzliche Massnahme zur Entlastung des Haushalts 2014–16 ein Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) in der Höhe von 700 Mio. Auswirkungen auf die Landesverteidigung: 2014: Minus 79 Mio. Franken (Schwergewicht Immobilien armasuisse); 2015 und 2016: je minus 18 Mio. Franken.

Auf den Ausgabenplafond der Armee hätte dies folgende Auswirkungen (gerundete Zahlen): 2014: 4440 Mio.; 2015: 4710 Mio. (inkl. TTE); 2016: 4770 Mio.; 2017: 4840 Mio. Pro memoria: Die Parlamentsmehrheit verlangt 5000 Mio. (inkl. TTE und Beseitigung von Ausrüstungslücken). Das KAP dürfte mit einem Gesetz umgesetzt werden.

In einem Artikel soll dabei der Ausgabenplafond der Armee fixiert werden. Ergo droht auch hier ein Referendum

Bemerkenswert ist, dass die schwedische Sozialdemokratie den Gripen E befürwortet und eine Zusammenarbeit mit der Schweiz als sinnvoll erachtet. Gekoppelt werden soll das Rüstungsprogramm 12 mit einem Fondsgesetz, dem GFG. Auch dies ist umstritten. CVP-Ständeräte wollen einen «breiteren» Fonds. Sicher ist eines: Stimmt das Parlament zu so wird das Volk über den Kauf entscheiden.

Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht

Der Nationalrat wird das Geschäft in der Dezembersession, der Ständerat in der Frühjahrsession behandeln. Die Volksabstimmung findet im Herbst 2013 statt. Die SiK N folgte erwartungsgemäss mit 18 (BDP, CVP, FDP, GLP, SVP) gegen 7 (SP, Grüne) dem Bundesrat. Alternativen (Gegenentwurf, Bürgerdienstpflicht, allg. Dienstpflicht) hatten keine Chance. Die Bundesversammlung wird den Antrag des Bundesrates «Ablehnung der Initiative» klar gutheissen.

Das Volk hat – kurz gesagt – zu entscheiden, ob es weiterhin eine Milizarmee, gestützt auf die Militärdienstpflicht oder ob es eine Milizarmee, basierend auf Freiwilligkeit will. Wir haben die stärkeren Argumente. Wichtig ist, dass wir diese professionell «verkaufen». Ebenso wichtig ist, dass wir die

Auseinandersetzung nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Die Weiterentwicklung der Armee (WEA)

Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) basiert primär auf dem Armeebericht vom 1.10.2010. In Kap 7.3 ist festgelegt, für welche Arbeitsfelder Konzeptionen vorgesehen sind. Der Teil A des Gesamtberichts – zuhanden CdA und C VBS – liegt vor. Er basiert auf dem Planungsbeschluss des Parlaments vom 29.09.11 (100 000 AdA Sollbestand, max 15 Prozent Durchdiener; Ausgabenplafond von 5 Mrd. Franken ab 2014). Der Teil B ist bis Ende Jahr zu erstellen. Er hat die Konsequenzen des Bundesratsbeschlusses vom 25. April 2012 aufzuzeigen.

Offen ist noch der Berichtsteil «Konsequenzen der beiden Varianten» auf das Stationierungskonzept. Sparmassnahmen sind unumgänglich. Sie sind zuvor mit den Direktbetroffenen (insbesondere mit den Kantonen) abzusprechen. Es dürfte Sommer 2013 werden bis das Kapitel geschrieben ist. Die Botschaft (mit separatem oder integriertem «Armeeleitbild») dürfte daher frühestens Ende 2013 dem Parlament zugeleitet werden.

Die Aufgabentrilogie (Verteidigung, Unterstützung ziviler Behörden, Friedensförderung) ist unbestritten. Verteidigung bleibt die

Kernaufgabe der Armee. Aber sie ist der Bedrohungslage anzupassen. Ebenso wichtig sind aber die Unterstützungseinsätze zugunsten der zivilen Behörden von Kanton und Bund. Der Übergang von einem Aufgabenbereich in den anderen ist in der Regel flüssend.

Die Armeeaufgaben Verteidigung und Unterstützung der zivilen Behörden haben in beiden Richtungen durchlässig zu sein. Primär für eine Aufgabe vorgesehene Kräfte sind – nach entsprechender Vorbereitungszeit – auch zur Erfüllung der jeweils anderen Aufgabe einzusetzen. Das macht Sinn. Alles andere wäre bei einem Sollbestand von 100 000 AdA eine Verschleuderung der Kräfte.

Eskaliert eine Bedrohung, so ist die Polizei überfordert. Es braucht unterstützende Sicherheitseinsätze der Armee. Wer etwas anderes predigt, verkennt entweder die Bedrohung oder die realen Möglichkeiten der zivilen Sicherheitskräfte. Die zuständigen kantonalen Regierungskonferenzen plädieren denn auch für einen Minimal-Sollbestand von 100 000 AdA.

Die WEA macht eine Teilrevision des Militärgesetzes und der parlamentarischen Verordnung über die Armeeeorganisation (AO) notwendig. Ob das Referendum ergriffen wird, hängt vom Inhalt der Revision und von den Revisionsbe-

Fortsetzung auf Seite 2

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Wegleitende Armee-Entscheidungen	1
Randbemerkung: Weiterentwicklung auf Um- und Irrwegen	2
Armee und Bundeshaus	3
Nein zur Abschaffung der Wehrpflicht	3
Jahresrechnung 2011	4
«Pro Militia» besucht Waffenplatz Bure	5
Ricordo del Divisionario Roberto Fisch	6
SiK-S will Klarheit über Ausgestaltung der Armee	6
Buchempfehlungen/Recommandations de livres	7
Lettura raccomandata	7
Impressum/«Ich trete bei; J'adhère; Mi faccio socio»	8

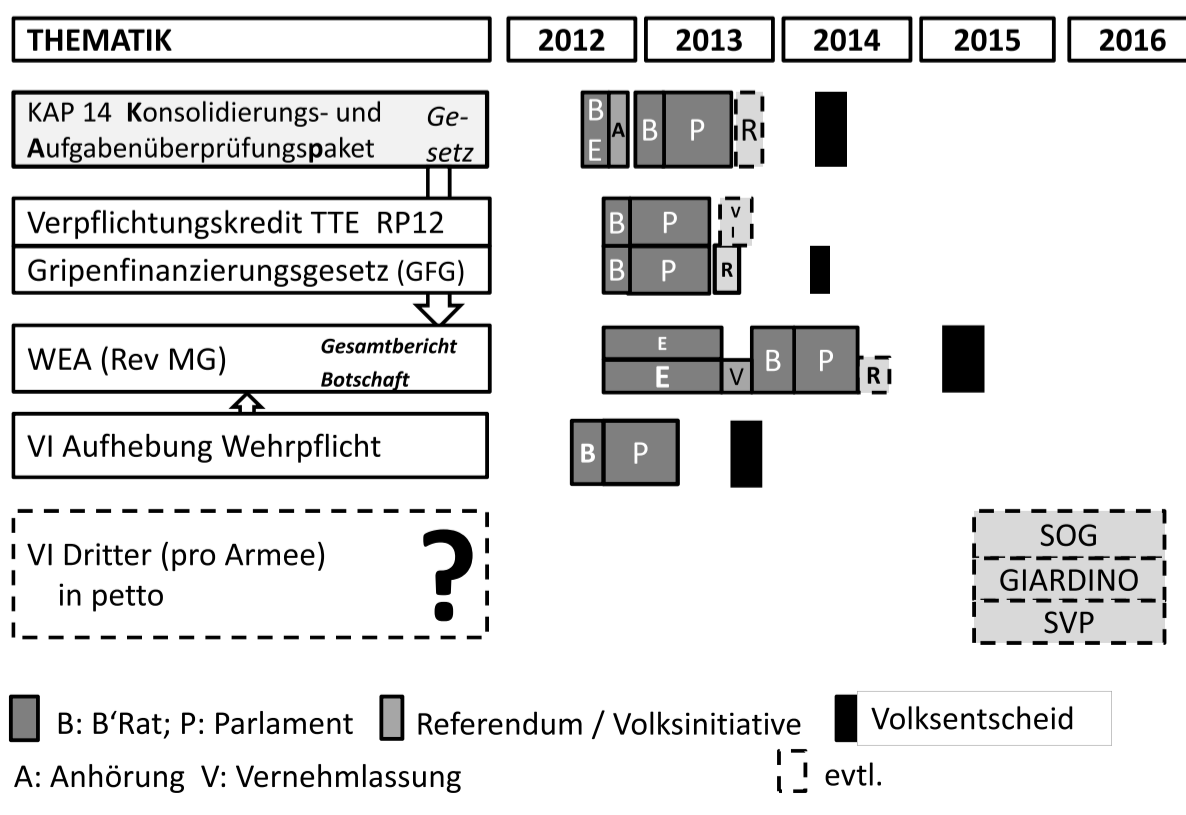
Tiger-Teilersatz: Gripenfinanzierungsgesetz (GFG)

Die Botschaft dürfte vor Ende Jahr dem Parlament zugeleitet werden. Erstrat ist der Ständerat (Frühjahrsession 13). Die Fraktionen im Bundesparlament haben ihre Positionen bezogen. Die Linke (SP und Grüne) sind dagegen. Die Grünliberalen haben sich noch nicht festgelegt. BDP, CVP, FDP und SVP sind grossmehrheitlich für den Tiger-Teilersatz.

Die Zustimmung zum Gripenkauf ist noch ungewiss. Der Entscheid der bürgerlichen Mitte hängt u.a. davon ab, ob offenen Fragen zufriedenstellend beantwortet werden und ob das damit verbundene Risiko akzeptierbar ist. Positive Signale wechseln mit negativen.

MILITÄRPOLITISCHER ZEITPLAN

25.10.12



Vers des choix déterminants en matière de politique militaire

Quelle armée voulons-nous ?

Paul Fäh

Le cadre financier, le remplacement partiel du Tiger, la votation sur l'obligation de servir, le message sur le développement de l'armée (DEVA) lié à la révision partielle de la loi sur l'organisation militaire dicteront l'agenda de la politique militaire des années à venir. Le peuple tranchera prochainement.

Le Rapport sur la politique de sécurité 2010 et le rapport sur l'armée dénombrent les menaces et dangers de ce temps.

La situation politico-militaire

La récente étude présentée par une commission issue de la milice positionne les tâches de l'armée.

En résumé: les risques potentiels demeurent ou se renforcent. L'augmentation de la violence sous des formes diverses en dessous du seuil de la guerre ne peut être écartée. Les batailles de chars ne font pas partie des risques actuels (CdA). En cas d'affrontement, des actions interdépendantes et coordonnées seraient prévisibles.

Il faut aujourd'hui s'attendre à des attaques de type cybernétique, l'engagement de fusées et d'avions sans pilote ainsi que des actions au sol. En conséquence: des menaces de grande complexité exigent des contre-mesures élargies et coordonnées. La politique militaire de sécurité doit se conformer à ces réalités.

Le PFA

Le Conseil fédéral a présenté fin janvier 2012 un programme de consolidation et de financement de l'armée (PFA). Les autres domaines de la politique devraient financer l'augmentation en faveur de l'armée (600 millions de francs).

A peine était-elle déclarée que cette volonté a été gommée. Elle n'aurait

Fortsetzung von Seite 1

schlüssen des Parlaments ab. Zurzeit spricht mehr für ein Referendum als dagegen.

Schlussbemerkung

Wegleitende militärpolitische Entscheide stehen an. Diese sind miteinander vernetzt. Matchentscheidend für das weitere Vorgehen ist der Volksentscheid über die GSoA-Initiative. Gäbe es ein Ja, so müsste die gesamte Militärpolitik neu überdacht werden. Damit ist klar: im Zentrum der politischen Auseinandersetzung steht ein Jahr lang die Thematik: Militärdienstpflicht: ja oder nein. Unsere Strategie und unsere Taktik sind darauf auszurichten. Wir müssen mit einer Stimme sprechen.

Paul Fäh war von 1987 bis 1991 FDP-Nationalrat. Er ist Vorstandsmitglied von Pro Militia. In seinem Beitrag wurden die Entwicklungen bis 31. Oktober 2012 berücksichtigt.

d'ailleurs jamais obtenu une majorité politique.

Le 25 avril 2012, le Conseil fédéral réagissait en fixant un effectif de l'armée à 100 000 militaires et un plafond de dépense de 4,7 milliards de francs (y compris le remplacement des Tiger).

Afin de colmater les brèches dans l'équipement, il propose d'élever, dans le projet de budget 2013, le plafond de 130 millions pour atteindre 4485 millions de francs.

Le Conseil fédéral a décidé le 21 septembre 2012 d'adopter une mesure d'allègement budgétaire complémentaire en prévision du budget 2014-16, soit un programme de consolidation et de réexamen des tâches (CRT 2014) pour un montant de 700 millions de francs.

Effets sur la défense nationale: en 2014, un minus de 79 millions de francs (principalement sur les immobiliers Armasuisse); en 2015 et 2016: un minus à chaque fois de 18 millions de francs.

Les conséquences sur le plafond de dépenses de l'armée seraient les suivantes (chiffres arrondis):

2014: 4440 millions; 2015: 4710 millions (y compris acquisition TTE); 2016: 4470 millions; 2017: 4840 millions. Pour mémoire: la majorité du Parlement demande 5000 millions (y compris TTE et colmatage des brèches dans l'équipement).

Le programme de consolidation et de financement (PFA) devrait être concrétisé par une loi. L'un de ses articles préciserait en principe le plafond des dépenses de l'armée et donc porterait en soi le risque d'un referendum.

Remplacement partiel du Tiger: loi sur le financement du Gripen

Le message devrait être transmis au Parlement avant la fin de l'année. La première Chambre est le Conseil des Etats (session de printemps 2013).

Les fractions du Parlement fédéral se sont déterminées. La gauche (PS et Verts) y sont opposés. Les Verts libéraux ne se sont pas encore prononcés. Le PBD, PDC, PLR et UDC sont majoritairement favorables au remplacement partiel du Tiger (TTE).

L'appui à l'achat du Gripen est encore incertain. La décision du centre dépendra pour beaucoup des réponses apportées aux questions ouvertes et de l'acceptabilité du risque qui y est associé. Les signaux positifs et négatifs se succèdent. Notons que les sociaux-démocrates Suédois soutiennent le Gripen E et jugent réaliste et positive une collaboration avec la Suisse.

Le programme d'armement 2012 devrait être couplé avec une loi permettant la création d'un fond. Cette initiative est très discutée. Les Conseillers aux Etats PDC souhaitent un «élargissement» de ce fond. Ce qui est sûr c'est qu'en cas d'acceptation par le Parlement, le peuple aura à se prononcer sur l'achat.

L'initiative populaire sur la suppression de l'obligation de servir

Le Conseil national traitera de cet objet durant la session de décembre. Le Conseil des Etats lors de la session de printemps. La votation populaire aura lieu en automne 2013. La CPS-N s'est exprimée par 18 voix (PBD, PDC, PLR, Verts'lib, UDC) contre 7 (PS, Verts) dans le sens du Conseil fédéral. Des propositions alternatives ont été rejetées (contre-proposition, obligation citoyenne de servir, obligation générale de servir). Les Chambres fédérales suivront clairement la proposition du Conseil fédéral de rejeter l'initiative du GSsA.

En résumé, le peuple devra décider s'il veut continuer à pouvoir disposer d'une armée de milice fondée sur l'obligation générale de servir ou s'il choisit une armée de milice fondée sur le volontariat. L'argumentation en faveur de la première solution est la plus crédible. L'important est de la «vendre» professionnellement et la plus grande erreur serait de sous-estimer nos adversaires.

Le développement de l'armée (DEVA)

Le Développement de l'armée (DEVA) s'appuie principalement sur le Rapport sur l'armée du 1.10.2010. Les conceptions des différents domaines abordés sont présentées au chapitre 7.3. La partie A du Rapport à l'attention du CdA et du C DDPS est disponible. Il est basé sur la décision du Parlement du 29.09.11 (effectif réglementaire de 100 000 militaires, au maximum 15% de soldats en service long; plafond financier de 5 milliards de francs à partir de 2014).

La partie B doit être établie d'ici la fin de l'année. Elle doit présenter les conséquences de la décision du Conseil fédéral du 25 avril 2012. La partie du rapport exposant les «conséquences de chacune des deux variantes» sur le concept de stationnement est encore en gestation.

Des mesures d'économie sont incontournables. Elles doivent être discutées préalablement avec les instances directement concernées (en particulier les Cantons). Il faudra attendre l'été 2013 pour prendre connaissance de ce chapitre. Le message (intégrant ou traitant séparément le «Plan directeur de l'armée») devrait être lui adressé au plus tôt à la fin de 2013 au Parlement.

La trilogie des tâches (Défense, Appui aux autorités civiles, Promotion de la paix) n'est pas remise en question. La Défense demeure la mission première de l'armée. Elle est toutefois adaptée à la menace. Tout aussi importants sont les engagements d'appui aux autorités civiles. Le passage d'un type de tâche à un autre doit se dérouler harmonieusement. Les tâches de défense et celles d'appui aux autorités civiles doivent pouvoir être assumées dans les deux sens.

Les forces prévues pour accomplir en priorité telle ou telle tâche

doivent être également en mesure, après un temps nécessaire de préparation, de remplir une autre tâche.

Cette approche est réaliste et tient pleinement compte de l'effectif réglementaire de 100 000 militaires. Toute autre solution serait une dispersion des forces. La police est rapidement dépassée en cas d'escalade de la menace. Des forces de sécurité de l'armée doivent être en état de l'appuyer.

Affirmer le contraire, c'est ou bien nier la menace en elle-même ou méconnaître les possibilités réelles des forces de sécurité civiles. La Conférence des directeurs cantonaux en charge de la sécurité défend l'idée d'un effectif minimal de 100 000 militaires.

Le DEVA entraîne nécessairement une révision partielle de la Loi militaire ainsi que de l'Ordonnance de l'Assemblée fédérale sur l'organisation de l'armée (OOrgA). Le lancement d'un referendum dépendra du contenu de la révision et des décisions prises en conséquence par le Parlement. A l'heure actuelle, la

tendance penche davantage pour un referendum.

Remarque finale

Nous allons vers des choix déterminants en matière de politique militaire. Ceux-ci sont liés les uns aux autres.

La décision populaire sur le sort de l'initiative du GSsA sera déterminante pour la suite.

Si le oui l'emporte, toute notre politique militaire et de sécurité sera remise en question. Ainsi donc, tout au long de l'année à venir, le thème fondamental sera:

Obligation de servir: oui ou non.

L'ensemble de notre stratégie, de notre tactique et de nos forces doit se concentrer sur ce point.

Il faut que nous parlions d'une seule voix.

Paul Fäh est un ancien Conseiller national du PLR. Il est membre du comité de Pro Militia. Son éditorial porte sur les développements jusqu'en date du 31 octobre 2012.

Randbemerkung

Weiterentwicklung der Armee auf Um- und Irrwegen

Bereits plant das VBS die nächste Armee reform (WEA = Weiterentwicklung der Armee). Im September lief die Stabs-Rahmenübung «STABILO DUE». Sie hätte dazu dienen können, die Mängel und Defizite im operativen Denken, bzw. in der Doktrin aufzuzeigen, um sie anschliessend zu beheben. Weit gefehlt. Der vorgesehene Chef Regie der Übung wurde kurzfristig vor der Übung ausgewechselt, weil ihm der Ruf vorausging, dass er schonungslos und ohne «falsche Rücksichtnahme» Mängel aufzeigen wollte.

Eigentlich ein ungeheurer Vorgang, der an Methoden erinnert, wie sie früher weiter östlich praktiziert wurden. Mit diesem Abschluss vergab man eine einmalige Chance, zu wichtigen Erkenntnissen im Bereich der Doktrin zu kommen. Offenbar wollte man das an höchsten Stellen nicht, sondern die Übung sollte offenbar lediglich zur Bestätigung vorgefasster Meinungen dienen. Die Irrtümer werden sich später manifestieren und allenfalls bitter rächen.

Es bestehen bereits konkrete Vorstellungen, wie die neue Armee aussehen soll. Bei einem Sollbestand von 100 000 AdA und dem Ausgabenplafond von 5 Mrd. SFR sind folgende Haupt-Waffensysteme vorgesehen (siehe Tabelle): Nur nebenbei: Obwohl aktuell keine Kriegsbedrohung besteht, kann niemand eine solche für ewige

Zeiten ausschliessen. Die Frage sei deshalb gestattet, wie man mit diesem Häufchen Waffen bei Kriegsgefahr den Verfassungsartikel umsetzen will, das Land und seine Bevölkerung zu verteidigen. Ein Aufwuchs ist eine absolute Illusion. Was man bei Bedrohung nicht hat, kann man zeitgerecht nicht mehr beschaffen.

Und noch zu den Finanzen. Es ist richtig, dass man bereits jetzt Verzichtsplanungen erstellt, um Geld zu sparen, z.B. Verzicht auf zwei Flugplätze, Verzicht auf 3 bis 5 Waffenplätze, Reduktion von Munitionsanlagen, von unterirdischen Anlagen und Militärspitalern, usw. Nur bei der Verwaltung liest man heute: Keine Reduktion. Das darf ja nicht wahr sein: Für die 100 000 AdA, die 98 Panzer, die 64 Artilleriegeschütze und die 55 Kampfflugzeuge braucht es keinen VBS-Wasserkopf von 9000 Angestellten. Das ist ein Verhältnis-Blödsinn. Würde man das VBS analog den Waffensystemen abbauen, hätte es im Vergleich zur Armee 95 noch rund 2500 Beamte. Das mag zu wenig sein. Aber bei gezielter Dezentralisierung der Führung und der längst notwendigen Straffung der Verwaltung ist ein Abbau im einen Viertel ein absolutes Muss. Das schafft finanzielle Reserven zu Gunsten der Armee und deren Kampfkraft. Papier und Bürotische schützen weder das Land noch seine Bevölkerung, meint

Argus

Waffensystem	Armee 95	Armee XXI	ES 08/11	WEA ab 2016
Panzer	730	224	191	98
Mob Artillerie	780	224	138	64
Kampfflugzeuge	150	87	87	55

Armee und Bundeshaus

Reiche Schweiz – arme Armee? Das Parlament beschliesst und den Bundesrat kümmert es nicht

Wie in «Pro Militia» 3/2012 vom 3. September 2012 angekündigt, hat die militärpolitische Auseinandersetzung an Fahrt gewonnen. Sechs Brennpunkte standen und stehen im Visier: Erstens der stärker werdende Schlagabtausch zwischen Parlament und Bundesrat wegen der Armeefinanzen. Zweitens die Vorgefachte zur Anti-Wehrpflicht-Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee. Drittens der andauernde Abnutzungskampf um das Rüstungsprogramm 2012 (Tiger-Teilersatz). Viertens die umstrittene Weiterentwicklung der Armee (WEA).

Dazu gekommen ist fünftens der offenbar noch knapp verhinderte Datendiebstahl beim Nachrichtendienst Bund (NDB). Sechstens hat die Armee-Stabsrahmenübung STABLO DUE sogar internationales Aufsehen erregt.

Kampf um Armeebudget

Der behördliche Zwist um die Armeefinanzen muss immer wieder an den Pranger gestellt werden. Die Bundesversammlung hatte am 29. September 2011 zur Armee beschlossen: Der Sollbestand sei 100 000 Militärdienstpflichtige und «Die Finanzierung muss bei einem Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken ab 2014 [...] die Beseitigung von Ausrüstungslücken und die geplante Ersatzbeschaffung der Kampfflugzeuge (TTE) sicherstellen». Im Widerspruch dazu ent-

schied die Landesregierung am 25. April 2012, die 5 Milliarden Franken des Parlaments um 300 Millionen zu kürzen und weitere 300 Millionen Franken in einen sogenannten TTE-Fonds zu legen.

Bereits am 1. Mai 2012 hielt die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-SR) die Beschlüsse des Bundesrates «für höchst problematisch». Die Senkung des Ausgabenplafonds gefährde die Entwicklung der Armee und das Gleichgewicht von Aufträgen und Mitteln. «Die Kommission zeigt sich befremdet, dass der Bundesrat die entsprechenden Parlamentsbeschlüsse missachtet, weshalb sie ihn schriftlich auffordern wird, auf seine Beschlüsse zurückzukommen.»

Widerstand im Ständerat

Am 19. Oktober 2012 doppelte die SiK-SR nach und erachtet die bundesrätlichen Sparvorgaben zur Armeefinanzierung erneut als höchst problematisch. Sie verlangt Auskunft über die Auswirkungen auf das Leistungsprofil der Armee. «Falls nötig wird sie Korrekturen einleiten.» Diese sind umso mehr zwingend, weil die Landesregierung am 21. September 2012 beschloss, mittels eines sogenannten Konsolidierungs- und Ausgabenüberprüfungspaketes 2014 KAP die Armee-

ausgaben noch weiter zu kürzen. Solche Vorgaben hätten schwerwiegende Auswirkungen auf die Armee, hält die SiK-SR fest und vertritt die Ansicht, «dass die Ausgestaltung der Armee primär aufgrund der sicherheitspolitischen Erfordernisse zu erfolgen hat, statt durch finanzpolitische Vorgaben». Die SiK-SR erwartet in der zweiten Novemberhälfte einen Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen seiner finanziellen Kürzungsabsichten auf die Armee. (Siehe auch Leitartikel!)

Rechtsstaatlichkeit?

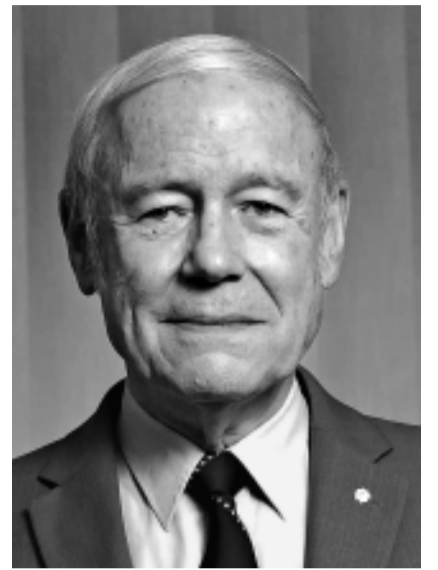
Hans Giger, emeritierter Rechtsprofessor an der Universität Zürich, leistet denjenigen Schützenhilfe, die wie er beunruhigt beobachten, wie Exekutive, Legislative und Justiz die verfassungsrechtlichen Fundamente zu brechen versuchen. In seinem neusten Werk *Die verlorene Ehre der Mutter Helvetia* bezeichnet er den «Kampf um die Rechtsstaatlichkeit als vornehmeres Ziel des Souveräns». Jeder Bürger unseres Landes habe Anspruch auf Schutz vor fremden Übergriffen. Das heisse, die staatliche Pflicht, «eine funktionstüchtige Armee aufzubauen und zu unterhalten.» Im Jahre 2011 habe das Parlament eine Erhöhung der Armeeaufgaben auf 5 Milliarden Franken sowie einen Bestand von 100 000 Armeeangehörigen beschlossen. Nun wolle der Bundesrat den staatsrechtlich bindenden Entscheid des Parlaments wieder umstossen. Dies

sei eines Rechtsstaates unwürdig. Zudem sei es gefährlich, bei der staatlichen Sicherheit zu sparen. Steuergelder seien in allererster Linie zum Wohl und zur Sicherheit der Bevölkerung zu verwenden. (Siehe auch Seite 7!)

Anti-Wehrpflicht-Initiative

Am 14. September 2012 verabschiedete der Bundesrat seine Botschaft zur Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» (12.073) und beantragt dem Parlament, die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) abzulehnen. «Ihre Annahme hätte gravierende Folgen für die Schweiz und ihre Sicherheit.» Die Landesregierung hebt vor allem drei Gründe gegen die Initiative hervor.

Erstens mache eine Annahme der Initiative die Sicherheit von Land und Bevölkerung davon abhängig, ob sich genügend Männer und Frauen freiwillig für den Einsatz in der Armee melden. Dieser gelte nicht nur gegen militärische Bedrohungen, «sondern auch für die Unterstützung der zivilen Behörden in der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen.» Bei einer sich verschlechternden Sicherheitslage müsste die Militärdienstpflicht zuerst wieder in der Bundesverfassung verankert werden. Zweitens gehöre es zum Selbstverständnis der Schweizer Bürgerinnen und Bürger, dass sie sich persönlich für das Gemeinwohl einsetzen und



diese Aufgaben nicht an bezahlte Freiwillige übertragen. Drittens könnten die erforderlichen Leistungen am besten mittels einer Milizarmee mit Militärdienstpflicht erbracht werden. Schlimmstenfalls müsse eine grosse Zahl von Truppen aufgeboten werden können. Gut ausgebildete und ausgerüstete Truppen, ist beizufügen, was entsprechende Finanzen erfordert. Einerseits kann den Argumenten des Bundesrates für die Beibehaltung der Militärdienstpflicht zugestimmt werden. Andererseits muss die Landesregierung dem Parlamentsbeschluss über das Armeebudget folgen. Alles andere wäre nicht rechtsstaatlich, sicherheitspolitisch gefährlich und zudem der Anti-Wehrpflicht-Initiative förderlich.

Heinrich L. Wirz,
Bundeshaus-Redaktor.

Nein zur Abschaffung der Wehrpflicht

Thomas G. Albert

GSoA und die JUSO lassen nichts unversucht, um unsere Armee zu schwächen und letztlich abzuschaffen. In einem ersten Schritt soll gemäss der anfangs 2012 eingereichten Initiative die Wehrpflicht abgeschafft werden. Bei Annahme dieser Initiative würde die Armee zu einer freiwilligen Milizarmee.

Unsere Armee beruht auf zwei verfassungsmässigen Grundsätzen, nämlich auf der Miliz, als tragendes Prinzip der gesamten schweize-

rischen Gesellschaft, und auf der Wehrpflicht. Die Abschaffung des Milizprinzips würde einen Grundpfeiler unseres staatlichen Zusammenlebens in Frage stellen und die Verankerung der Armee in der Bevölkerung gänzlich abbröckeln lassen. Eine Berufsarmee, als Konsequenz der Abkehr vom Milizprinzip, würde das Entstehen einer eigenen Kaste, eines Staates im Staate, fördern und wäre zudem unfinanzierbar.

Die Abschaffung der Wehrpflicht hätte zur Folge, dass einer Generation junger Männer die wertvolle Lebenserfahrung des militärischen Dienstes, der Führungserfahrung in junge Jahren und der Kameradschaft vorenthalten würde. Auch hätte dies eine massive Verkleinerung unserer Armee zur Folge, welche sodann die verfassungsmässigen Aufträge nicht mehr erfüllen könnte. Die Alternative, nämlich die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht, als Dienstleistung aller Bürgerinnen und Bürger zu Gunsten der staatlichen Gemeinschaft, ist ebenfalls abzulehnen. Ein Staat soll nur so viel vom Einzelnen verlangen dürfen, wie dies absolut notwendig ist. Die allgemeine Dienstpflicht würde weit

über dieses Minimum hinausgehen und wirtschaftliche Bereiche betreffen, die bisher ohne staatliche Personalrekrutierung funktionierten.

Nur eine leistungsstarke Milizarmee entspricht den Schweizer Bedürfnissen und ist dazu fähig, die fachliche Kompetenz der Bürgersoldaten effizient zu bündeln, um die verfassungsmässigen Aufträge zu erfüllen!

Hptm Thomas G. Albert, Präsident AOG ZH 2009 bis 2011 und Präsident Jungfreisinnige Kanton Zürich, 2003 bis 2007.



Zum Gedenken an Hans Bachofner

Ende September ist der bedeutendste sicherheitspolitische Stratege, Div a D Hans Bachofner gestorben, «Servir et disparaître» war Bachofners Leitspruch», wie alt Nationalrat Ulrich Schlüer feststellte. Er veröffentlichte in der «Schweizerzeit» vom 8. November einen letzten Text des ehemaligen Stabschefs Operative Schulung, den wir unseren Lesern gerne in einem Auszug zitieren:

Kriegsvorbereitung heisst heute: Eingehend und in regelmässiger Wiederholung anhand realistischer Szenarien mit äusserst überraschend Tatsache werden der Bedrohung konfrontiert zu werden und darauf angemessen reagieren und antworten zu können.

Für die Schweiz ist wichtig: Das gedankenlose «Aufwuchs-Ge-

rede» muss ein für allemal aufhören. Niemand nimmt es mehr ernst. Eine «Aufwuchs-Armee» ist eine nicht einsatzfähige Armee. Diese muss im Ernstfall sofort bei einer an einem Konflikt beteiligten Armee Anschluss suchen. Das «Aufwuchs-Gerede» kann der Schweiz nur schaden. Stattdessen muss zeitgerechte, bedrohungsangemessene Mobilisierung der Armee wieder möglich und wieder eingeführt werden.

Die Armee – auch diese Tatsache muss verinnerlicht werden – ist nicht ein «Lernprozess mit Ergebnis». Aufstellung, Ausbildung und Ausrichtung der Armee müssen laufend der sich verändernden Bedrohungslage angepasst werden. Ein «Endzustand» wird nie erreicht.

Wer ist Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Sicherheit unseres Landes und für eine glaubwürdige Milizarmee einsetzen.

Qui est Pro Militia?

Pro Militia est une association d'anciens militaires et de militaires incorporés à l'armée suisse, ainsi que d'autres citoyennes et citoyens qui s'engagent pour la sécurité de notre pays et pour une armée de milice crédible.

Chi è Pro Militia?

Pro Militia è un'associazione di ex militari e di militari incorporati nell'esercito svizzero nonché di altri cittadine e cittadini che si impegnano per la sicurezza del nostro Paese e per un esercito di milizia credibile.

Ist die allgemeine Wehrpflicht noch zeitgemäss?

Welche Armee wollen wir?

Gregor Roos

Das ausserordentliche Gespräch Armee im Unternehmerforum Lilienberg/Ermatingen vom 23. August setzte sich im Zyklus Aktionsfeld Sicherheit und Armee mit der Milizarmee und der Allgemeinen Wehrpflicht auseinander. Dabei wurden übereinstimmend die im Volk verwurzelte Milizarmee und die Allgemeine Wehrpflicht als Bürgerpflicht und bewährtes Erfolgsmodell für unsere demokratische Schweiz bezeichnet. Alternativmodelle seien mit zu vielen offenen Fragen behaftet.

Unter der Moderation von Div Martin von Orelli nahmen folgende Damen und Herren am Podiumsgespräch teil: Nationalrat Jakob Büchler, CVP, ehemaliger Präsident SiK Nationalrat, Nationalrat Roland Fischer, glp LU, Mitglied SiK Nationalrat Pascal Frei, CEO der PHZ Privat- und Handelsbank Zürich AG, Priska Grütter, SP/JUSO Oberaargau, Oblt, Sekretärin der OG Langenthal und Umgebung, Brigadier Daniel Keller, Kdt der Inf Br 5 Aarau, Prof. Dr. iur. Rainer J. Schweizer, St. Gallen.

In einem Impulsreferat orientierte der Moderator Martin von Orelli über die Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) zur Abschaffung der Allg. Wehrpflicht, über die im Herbst 2013 abgestimmt wird.

Alle Referenten auf dem Podium rief er dazu auf, kurze persönliche Statements abzugeben zur Frage: «Welches ist die Bedeutung der Milizarmee schweizerischer Prägung für unser Staatswesen?»

Die Stellungnahmen der Referenten können wie folgt zusammengefasst werden:

Aus juristischer Sicht wird auf die Bundesverfassung (BV) hingewiesen, wo die Allgemeine Wehrpflicht klar verankert ist (Artikel 59) wie auch die Milizarmee (Artikel 58), die kein Söldnerheer und auch keine Berufsarmee ist und Änderungen auf der Stufe Gesetzgeber und nicht der BV behandelt werden müssten. Gleichzeitig wird auch darauf hingewiesen, dass eine Ungleichbehandlung Mann und Frau bestehe. In der BV sind auch die Aufträge der Armee unmissverständlich umschrieben mit Existenzsicherung, Raumsicherung, Friedensförderung wie auch die Verpflichtung zur bewaffneten Neutralität (BV Artikel 173 und 185).

Aus der Sicht der Sicherheitspolitiker wird die Milizarmee als Erfolgsmodell dargestellt, wo der Bürgersoldat seine beruflichen Fähigkeiten einbringt. Die Milizarmee und die Wehrpflicht sind der Ausdruck unserer Demokratie, in der nicht der Individualismus sondern die gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit zum Tragen kommt und die Wehrgerechtigkeit garantiert wird. Die Milizarmee ist nicht Voraussetzung sondern Teil unseres Staatswesens.

Aus der Sicht der aktiven Armeevertreter ist die Miliz kein Phänomen der Armee; der Milizgedanke durchdringt unsere ganze Gesellschaft (Vereine/Politik/Kirche etc.). Das milizmässige Engagement des Einzelnen ist ein Solidaritätsbeitrag zugunsten der Allgemeinheit – so auch in der Armee. Man macht

es, weil man es muss, man bringt sich ein, nicht zum persönlichen Vorteil, sondern weil man der Sache verpflichtet ist.

Die Miliz ist ein gescheites System: Es vereint unglaublich viel Wissen und Können.

Die Miliz ist ein effizientes und effektives System: Die Soldaten (Bürger) werden nur aufgeboden, wenn sie gebraucht werden, sei es zur Ausbildung oder für einen Einsatz. Sonst ist die Miliz zu Hause am Arbeiten.

Die Miliz ist ein integratives System: Sie leistet einen – für die Schweiz wichtigen – Beitrag zur sozialen Integration und Durchmischung, indem die dienstpflichtigen Bürger in der gleichen Uniform einen gemeinsamen Auftrag erfüllen. Die Milizarmee hat eine Klammerwirkung und verbindet.

Die Miliz garantiert die demokratische Kontrolle der Armee; dies dank der Verbundenheit von Bevölkerung und Armee – ein Eigenleben der Armee ist undenkbar.

Nur eine Milizarmee mit Allgemeiner Wehrpflicht garantiert eine qualitativ hochstehende (insbesondere Kader) und quantitativ genügende Alimentierung der Armee. Die Milizarmee leistet täglich ihren aktiven Beitrag zu mehr Sicherheit in unserem Land und somit zur Erfolgsstory Schweiz.

Die Milizarmee ist der Garant für unsere Sicherheit und die Wehrpflicht ist Bürgerpflicht.

Aus der Sicht der Wirtschaft ist die Milizarmee das letzte Mittel zur Verteidigung unseres Landes, der letzte Garant für unsere Sicherheit, in der sich der freie Bürger mit seinen beruflichen Fähigkeiten einbringt. Die Wirtschaft muss und wird mitmachen!

Anschliessend wurden Alternativen zum heutigen schweizerischen Wehrsystem diskutiert: Abschaffen, d.h. durch nichts ersetzen, Berufsarmee, freiwillige Milizarmee. Die komplette Abschaffung der Armee ohne Ersatz ist für die Schweiz keine Option!

Eine Berufsarmee wird einheitlich abgelehnt. Sie entspricht nicht unserem Volkswillen, ist zu teuer, widerspricht der Bundesverfassung und den vorerwähnten Vorteilen der Milizarmee, weist im Vergleich zu ausländischen Berufsarmeen Defizite auf und ist für unser demokratisches Land kaum «zumutbar». Eine Berufsarmee wird zudem derzeit von allen schweizerischen Parteien abgelehnt. Es wurde aber auch bemerkt, dass die Berufsarmee eine Option sein könnte, falls sich dereinst aufgrund von technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sich die Allgemeine Wehrpflicht nicht mehr zeitgemäss erweisen sollte.

Etikettenschwindel

Auch zu einer freiwilligen Milizarmee werden grosse Bedenken geäussert. Wer ist bereit, freiwillig Dienst zu leisten? Melden sich Arbeitslose, Stellensuchende, Studenten als Überbrückung oder andere Individuen, die keiner geregelten Arbeit nachgehen? Auf alle Fälle wollen wir keine Rambos, die in der Freiwilligenarmee ihre kriegerische Abenteuerlust ausleben wollen. Unser Land mit einer tiefen Arbeitslosenquote könnte wohl kaum die gewünschte Zahl Freiwilliger rekrutieren. Eine Freiwilligenarmee ist ein Etikettenschwindel. Sie entspricht nicht unserem

Dienstleistungsmodell, würde bei der Wirtschaft nicht akzeptiert und entspricht nicht dem Anforderungsprofil, um Armeeaufträge glaubwürdig zu erfüllen. Für unser kleines Land ist die Milizarmee das einzig richtige Wehrsystem. Ein Unternehmer würde wohl keine Armeefreiwilligen einstellen. Die Schweiz würde mit einer Armee von Freiwilligen an sicherheitspolitischer Glaubwürdigkeit einbüßen.

Die Allgemeine Wehrpflicht ist die Säule der Milizarmee. Sie verpflichtet jeden Schweizerbürger zum Dienst in der Armee, im Zivildienst oder im Zivildienst. Die Allgemeinen Dienstpflicht ist eine mögliche Option, die diskutiert werden kann. Das neue Bedrohungsszenario mit Umwelt- und anderen Katastrophen setzt neue Prioritäten. Die Allgemeine Dienstpflicht anstelle der Wehrpflicht wirft völkerrechtliche Fragen auf, ist mit einem unzumutbaren administrativen Aufwand verbunden und birgt viele offene Fragen.

Zusammenfassend kann folgendes Fazit gezogen werden: Das heutige Modell mit einer im Volk verwurzelten Milizarmee und mit der Allgemeinen Wehrpflicht ist ein Erfolgsmodell, an dem festgehalten werden soll.

Div Martin von Orelli rief abschliessend dazu auf, an der Abstimmung über die Volksinitiative der GSoA im Herbst 2013 teilzunehmen und sie mit grossem Mehr zu verwerfen.

*Oberst a D Gregor Roos
Ehemaliger Gymnasiallehrer,
Berufsoffizier, Militärdiplomat
und Regimentskommandant.*

Zweckartikel sowie «Wehrartikel» der Bundesverfassung

Art. 173 Weitere Aufgaben und Befugnisse [der Bundesversammlung]

¹ Die Bundesversammlung hat zudem folgende Aufgaben und Befugnisse:

- Sie trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.
- Sie trifft Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit.
- Wenn ausserordentliche Umstände es erfordern, kann sie zur Erfüllung der Aufgaben nach den Buchstaben a und b Verordnungen oder einfache Bundesbeschlüsse erlassen.
- Sie ordnet den Aktivdienst an und bietet dafür die Armee oder Teile davon auf. [...]

Art. 185 Äussere und innere Sicherheit

¹ Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.

² Er trifft Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit.

³ Er kann, unmittelbar gestützt auf diesen Artikel, Verordnungen und Verfügungen erlassen, um eingetretenen oder unmittelbar drohenden schweren Störungen der öffentlichen Ordnung oder der inneren oder äusseren Sicherheit zu begegnen. Solche Verordnungen sind zu befristen.

⁴ In dringlichen Fällen kann er Truppen aufbieten. Bietet er mehr als 4000 Angehörige der Armee für den Aktivdienst auf oder dauert dieser Einsatz voraussichtlich länger als drei Wochen, so ist unverzüglich die Bundesversammlung einzuberufen.

Zuständigkeiten zur Gesetzgebung über die Armee

Art. 164 Gesetzgebung

¹ Alle wichtigen rechtsetzenden Bestimmungen sind in der Form des Bundesgesetzes zu erlassen. Dazu gehören insbesondere die grundlegenden Bestimmungen über:

- die Aufgaben und die Leistungen des Bundes;

Fortsetzung folgt

Jahresrechnung 2011 / Comptes annuels 2011 / Conti annuali 2011

Erfolgsrechnung / Compte des profits et pertes / Conto dei profitti e delle perdite

Ertrag / Recettes / Entrate

Mitgliederbeiträge / Cotisations des membres / Tasse annuali dei membri	49 827
Spenden / Dons / Doni ; Studie / Étude / Studio «Müller» III / Synopse	17 260
Kapitalertrag / Recettes bancaires / Reddito del capitale	928
Teilauflösung von Fonds / Dissolution partielle de fonds / Scioglimento parziale di fondi	4 000

Aufwand / Depenses / Uscite

Werbung, Aktivitäten / Publicité, activités / Pubblicità, attività	11 974
Vereinsorgan / Journal de l'association / Giornale dell'associazione	44 157
Allgemeines / Généralités / Diversi	22 885
Aufwandüberschuss / Excédent des dépenses / Maggiori uscite	7 001
79016	79016

Bilanz / Bilan / Bilancio 31.12.2011

Aktiven / Actifs / Attivo

Flüssige Mittel / Liquidité / Liquidità	11 540
Wertschriften / Titres / Titoli	60 564
Verrechnungssteuer / Impôt anticipé / Imposta anticipata	25

Passiven / Passifs / Passivo

Transitorische Passiven / Passifs transitoires / Passivo transitorio	9 222
Fremdkapital / Capital étranger / Capitale di terzi	9 222
Fonds Vereinsorgan / Fonds journal / Fondo giornale	52 500
Fonds «Aktivitäten» / Fonds «activités» / Fondo «attività»	3 500
Vereinskapital / Capital sociétaire / Capitale sociale 1.1.2011	13 908
Aufwandüberschuss / Excédent des dépenses / Maggiori uscite	– 7 001
Eigenkapital / Capital propre / Capitale proprio	62 907
72 129	72 129

Miliz leistet Hervorragendes

Eindrücklicher Besuch des Panzerbataillons 17

Simon Kuchler

Am 18. September folgten ca. 120 Mitglieder der «Pro Militia» der Einladung des Vorstandes, das Panzerbataillon 17 während seines WK auf dem Waffenplatz Bure zu besuchen.

Dieser Besuch wurde durch den Chef der Armee, KKdt André Blattmann, ermöglicht.

Gastgeber war der Kommandant der Panzerbrigade 1, Brigadier Daniel Berger. Er war zusammen mit dem Kommandanten des Panzerbataillons 17, Oberstlt i Gst Alexandre Vautravers und der beteiligten Truppe ein perfekter Gastgeber. Die Bahnreisenden wurden in zwei feudalen Cars in Delémont abgeholt, auf den Waffenplatz und wieder zurück zum Bahnhof gebracht. Im weiteren durften wir uns mit einem guten Menü aus der Militärrküche bedienen lassen.

Interessante Demonstrationen

Nach der Begrüssung der Teilnehmer durch den Brigadekommandanten bei Kaffee und Gipfeli, stellte dieser seinen Verband vor und gab eine Einführung in die beiden Übungen. Zuerst sahen wir einen Angriff der Grenadiere im

Häuserkampf, alles elektronisch verfolgt und ausgewertet. Im weiteren konnten wir einen Panzerverband in der Verteidigung und im Gegenangriff verfolgen, auch hier wiederum alles elektronisch ausgewertet. Die Genfer Milizen hinterliessen dabei einen sehr positiven und motivierten Eindruck und legten damit ein weiteres Zeugnis ab, dass unsere Miliz bei guter Führung Hervorragendes leistet. Die Teilnehmer haben höchstens bedauert, dass man die elektronischen Auswertungen der beiden Übungen nicht einsehen konnte.

Der Waffenplatz Bure und seine Zukunft

Einblick in den Waffenplatz Bure und seine Zukunft gab nach dem Mittagessen Oberstlt i Gst Andrea Marchetti. Schon die Grössenordnung des Waffenplatzes ist beeindruckend: Der Truppe stehen 1050 Hektaren Übungsgelände zur Verfügung sowie in den Kasernen 1350 Betten. Neben den 8 Berufsoffizieren, 3 Berufsunteroffizieren und einer Zivilangestellten in der Führung stellen 38 Angestellte sicher, dass die Truppe auf dem Waffenplatz beste Voraussetzungen für ihre Ausbildung vorfindet.

Dazu kommen 83 Zivilangestellte der RUAG, die dafür besorgt sind, dass die umfangreichen Elektronikanlagen für die Simulationsunterstützung der Gefechtsübungen sowohl auf dem freien Feld wie auch im überbauten Gebiet funktionieren. Sie sind auch besorgt für die technische Auswertung der Übungen. Bis anhin wurden in 43 Jahren 2.8 Milliarden Franken investiert. In den kommenden Jahren sollen 102 Mio. Franken für die Erneuerung der Kasernen ausgegeben werden. Der Waffenplatz Bure ist aufgrund seiner Personalausgaben und Investitionen ein beträchtlicher Wirtschaftsfaktor für diese Gegend. Das gilt auch für die lokalen Anbieter von Lebensmitteln. So hat ein Pz Bat von 900 Personen in der Zeit vom 17. Mai bis 11. Juni rund Fr. 95 000 in lokalen Geschäften ausgegeben.

Die Weiterentwicklung der Armee (WEA)

war ein internes Thema im Rahmen unseres Besuchs. Alt Nationalrat Paul Fäh orientierte umfassend über dieses neue Projekt (siehe auch den Leitartikel in dieser Ausgabe). Für den Sollbestand von 100 000 AdA soll ein Ausgabenplafond

(inkl. Tiger-Ersatz) von 5 Mrd. Franken zur Verfügung stehen. Die Rekrutenschulen sollen nur noch zweimal jährlich durchgeführt werden. Die Miliz wird wieder vollumfänglich in den Ausbildungsprozess integriert.

Ungeklärte, ja umstrittene Vorgaben bestehen u.a. in den Bereichen Doktrin und Führung. In der Doktrin fehlen klare Aussagen, wie die Armee die Verantwortung des Bundes für die Innere Sicherheit umsetzen soll, wenn die Kantone überfordert sind.

Im weiteren vertritt die Planungsvorgabe noch immer die sehr zentralistische und nicht sehr milizfreundliche «Führung ab Bern». Diskutabel bleibt auch die Verzichtsplanung. Während Waffenplätze und Infrastrukturen für die kleinere Armee zu Recht abgebaut werden, sieht das VBS bis heute keinen Bedarf, seinen Personalbestand von 9000 Angestellten dem kleineren Armeebestand anzupassen. Das dürfte noch zu reden geben.

Die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht

Paul Fäh referierte abschliessend über diese Initiative der GSoA, über die wir im kommenden Herbst 2013 an der Urne zu befinden haben. Der Art. 59 der BV soll gemäss Vorschlag der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) wie folgt geändert werden:

1. Niemand kann verpflichtet werden, Militärdienst zu leisten.

2. Die Schweiz hat einen freiwilligen Zivildienst.

Eine Annahme der Initiative wäre das Ende unserer Armee und damit unserer Verteidigungs-bereitschaft und unserer Sicherheit. Dieses Ziel wird ja schliesslich von der Gruppe «Schweiz ohne Armee» auch angestrebt. Es soll jetzt über die Hintertür der Wehrpflicht erreicht werden. Wir sind alle gefordert, aktiv Aufklärung zu betreiben.

Dank und Ausblick

Dem Berichterstatter war es vergönnt, die Tagung zu schliessen mit einem Dankeswort an die Gastgeber, Brigadier Berger und Oberstlt i Gst Vautravers sowie an die Truppe für das Gebotene auf dem Feld wie im Kantinenzelt.

Er dankte auch dem Chef der Armee, Korpskommandanten Blattmann, der diesen Besuch ermöglicht hatte. Der Dank ging auch an Oberstlt i Gst Marchetti für die Vorstellung des Waffenplatzes sowie an a NR Paul Fäh für die umfassenden Informationen über die WEA und die Wehrpflicht-Initiative. Zum Abschluss wurde der einhellige Wunsch geäussert, dass «Pro Militia» im kommenden Jahr der Luftwaffe einen Besuch abzustatten. Mit diesem Ausblick in die Zukunft endete der erlebnisreiche Tag in Bure.

*KKdt a D Simon Kuchler
ist Vizepräsident von Pro Militia.
Bilder zum Anlass unter
www.promilitia.ch*

Les troupes de milice font un travail remarquable

Une visite impressionnante au bataillon de chars 17

Simon Kuchler

120 membres de «Pro Militia» ont répondu favorablement à l'invitation du comité d'aller visiter le 18 septembre le bataillon de chars 17 en cours de répétition sur la Place d'armes de Bure.

Cette visite a été rendue possible grâce au Chef de l'armée, le Cdt C André Blattmann.

Notre hôte, le Brigadier Daniel Berger, commandant de la Brigade blindée 1, ainsi que le commandant du bataillon de chars 18, le lieutenant-colonel EMG Alexandre Vautravers nous ont accueilli, tout comme la troupe, de façon absolument impeccable.

Les voyageurs par le rail ont été transférés à Delémont dans des bus «de sorte» jusqu'à la Place d'armes, puis reconduits à la gare à l'issue de la visite. Le repas préparé par la cuisine militaire faisait également honneur à la troupe.

Démonstrations intéressantes

Le commandant de brigade, après nous avoir adressé ses salutations entre café et croissants, nous présenta sa grande unité et les deux exercices prévus. Nous avons assisté en premier lieu à une attaque de grenadiers dans le cadre du combat de localité, le tout suivi,

mesuré et apprécié par des senseurs électroniques. Cette démonstration fut suivie par l'engagement d'une formation de chars en défense et en contre-attaque, l'ensemble de l'action étant également appréciée par l'électronique. Les soldats de milice genevois ont fait preuve à chaque fois d'un bel engagement et nous ont laissé une impression très positive, une prestation qui démontre, une fois de plus, qu'une troupe de milice bien conduite est capable de performances remarquables. Les participants ont toutefois regretté de n'avoir pu, sans doute faute de temps, accéder aux résultats et autres évaluations électroniques des deux exercices présentés.

La Place d'armes de Bure et son avenir

Le lieutenant-colonel EMG Andrea Marchetti nous a décrit, après la pause de midi, la Place d'armes de Bure et son avenir.

La dimension même de la Place d'armes est impressionnante:

La troupe dispose de 1050 hectares de terrain d'exercice et de 1350 lits dans les casernes.

8 officiers et 3 sous-officiers de carrière ainsi qu'un employé civil assurent la direction de la Place alors que 38 autres employés garantissent les conditions favorables au bon

déroulement de l'instruction des troupes.

A ces effectifs s'ajoutent 83 employés civils de la RUAG qui s'assurent que les importantes installations électroniques liées à la simulation en appui des exercices de combat dans le terrain comme en zones bâties fonctionnent correctement. Ces personnes sont également responsables de l'évaluation technique des exercices. 2,8 milliards de francs ont été investis jusqu'à ce jour durant 43 ans. 102 millions de francs seront en plus engagés dans les prochaines années pour la réfection des casernes.

La Place d'armes de Bure est donc un facteur économique important pour la région de l'Ajoie, en particulier par les places de travail qu'elle offre et les investissements qu'elle engendre. Cela vaut également pour le commerce local et les fournisseurs de denrées alimentaires. Ainsi, notre bat chars d'un effectif de 900 militaires a dépensé 95 000 francs dans les commerces locaux entre le 17 mai et le 11 juin.

Le développement de l'armée (DEVA)

Ce thème a été traité à l'interne durant notre visite. L'ancien Conseiller national Paul Fäh nous a orientés de façon succincte sur ce nouveau

projet (voir également l'éditorial dans cette édition).

Un plafond de dépenses de 5 milliards de francs a été fixé pour un effectif réglementaire de 100 000 hommes (y compris le remplacement des Tiger). Les écoles de recrues ne se dérouleront que deux fois par année et les cadres de milice seront à nouveau bien intégrés dans le processus d'instruction.

Des données imprécises, voire discutables, ont été formulées dans les domaines touchant à la doctrine et à la conduite. En matière de doctrine, on ne touche pas à la question de savoir comment l'armée devra concrétiser la responsabilité de la Confédération face à la sécurité intérieure quand les cantons seront dépassés. Le projet en gestation perpétue également la vision centralisatrice et peu à l'écoute de la milice d'une «Führung ab Bern» (conduite depuis Berne).

Très discutables apparaît également la planification du programme d'abandon de certaines tâches. Alors que nombre de Places d'armes et autres infrastructures se voient logiquement réduites du fait de la diminution de l'armée, le DDPS n'a aucune peine à justifier le maintien d'un effectif de 9000 employés. Cela aussi devrait donner matière à discussion.

L'initiative pour la suppression de l'obligation de servir

Enfin, l'initiative populaire du Groupe Suisse sans Armée (GSsA) sur laquelle nous aurons à nous prononcer en automne 2013 a été présentée par Paul Fäh. L'article 59 de la Constitution fédérale devrait être modifié, selon les termes de l'initiative du GSsA, de la façon suivante:

1. Nul ne peut être astreint au service militaire.

2. La Suisse a un service civil volontaire.

Une acceptation de l'initiative signifierait la fin de notre armée et donc de notre aptitude à nous défendre et vivre en sécurité. Cet objectif répété, la suppression de l'armée, est bien celui du GSsA. Il doit être atteint par le biais de l'abolition de l'obligation générale de servir. L'affaire est claire, nous sommes ainsi tous placés devant nos responsabilités et notre devoir d'informer et de convaincre.

Remerciements et perspective

Il appartenait au rédacteur de ces lignes de mettre un terme à cette visite en remerciant les responsables et la troupe pour leur hospitalité, le Brigadier Berger, le lieutenant-colonel EMG Vautravers ainsi que la troupe engagée aussi bien sur le terrain que dans les arrières. Il adressa également ses remerciements au Chef de l'armée, le Commandant de corps Blattmann, sans qui cette visite n'aurait pu avoir lieu, ainsi qu'au Lieutenant-colonel EMG Marchetti, présentateur de la Place d'armes, de même qu'à l'ancien Conseiller national Paul Fäh pour ses informations claires et bien fondées sur le développement de l'armée et l'initiative du Groupe Suisse sans Armée. Enfin, le vœu de voir «Pro Militia» organiser l'année prochaine une visite aux Forces aériennes a été par tous formulé. C'est dans cette perspective que nous avons pu mettre un terme à cette passionnante journée à Bure.

*Le Cdt C Simon Kuchler
est Vice-président de Pro Militia.*

Decisioni politico-militari determinanti

Quale esercito vogliamo?

Paul Föh

Le direttive in materia di finanziamento, la sostituzione parziale della flotta di Tiger (SPFT), la votazione sul servizio militare obbligatorio, il messaggio sull'ulteriore sviluppo dell'esercito connesso alla revisione parziale della legge militare: ecco i temi che caratterizzeranno l'agenda politico-militare dei prossimi anni. Il Popolo sarà chiamato a prendere decisioni importanti.

Il Rapporto sulla politica di sicurezza 2010 e il Rapporto sull'esercito 2010 elencano pericoli e minacce.

Lo studio più recente della Commissione di milizia posiziona i compiti dell'esercito. Conclusione: i potenziali di rischio sono rimasti, anzi, si sono rafforzati. Un aumento della violenza al di sotto della soglia bellica in differenti forme non può essere escluso. Attualmente, le classiche battaglie di blindati non sono praticamente ipotizzabili. Se dovesse verificarsi un attacco, occorrerebbe attendersi azioni interconnesse e coordinate, attacchi cibernetici, impiego di missili balistici e di velivoli senza pilota, azioni al suolo. La conseguenza: minacce complesse richiedono contromisure ampie e interconnesse. La politica di sicurezza, e quindi anche la politica militare, devono essere orientate a questi scenari.

A fine gennaio 2012 il Consiglio federale ha presentato il programma di consolidamento e di finanziamento dell'esercito (PCFE). I rimanenti ambiti politici avrebbero dovuto finanziare le maggiori uscite per l'esercito (600 mio. fr.). L'idea è stata praticamente sepolta prima di essere discussa. Politicamente, non avrebbe mai potuto trovare il consenso di una maggioranza.

Il Consiglio federale ha reagito. Il 25 aprile 2012 ha deciso a favore di un esercito con un effettivo regolamentare di 100000 militari e un limite di spesa di 4,7 miliardi di franchi (compresa la SPFT) a partire dal 2015. Nel Preventivo 2013 esso propone un aumento del limite di spesa di 130 milioni per raggiungere i 4485 milioni di franchi. Scopo prioritario: colmare le lacune in materia di equipaggiamento.

Il 21 settembre 2012, come misura supplementare l'Esecutivo federale ha deciso, per lo sgravio del bilancio 2014-16, un pacchetto di consolidamento e di verifica dei compiti dell'ammontare di 700 milioni. Conseguenze per la difesa nazionale: nel 2014, meno 79 milioni di fr. (principalmente a carico di armasuisse Immobili); nel 2015 e 2016, meno 18 milioni di fr. l'anno.

Ciò avrebbe le conseguenze seguenti sul limite di spesa dell'esercito (valori arrotondati): 2014: 4440 milioni; 2015: 4710 milioni (incl. SPFT); 2016: 4770 milioni; 2017: 4840 milioni. Nota bene: la maggioranza del Parlamento esige 5000 milioni (incl. SPFT e eliminazione delle lacune dell'equipaggiamento). Il pacchetto dovrebbe essere concretizzato mediante un'apposita legge.

Uno degli articoli stabilirà il limite di spesa per l'esercito. Anche in questo caso, incombe la minaccia di un referendum

Il messaggio dovrebbe essere trasmesso al Parlamento prima della fine dell'anno. La Camera prioritaria sarà il Consiglio degli Stati (sessione primaverile 2013). I gruppi parlamentari si sono già schierati. La sinistra (PS e Verdi) è contraria. I Verdi liberali (PVL) non si sono ancora pronunciati. PBD, PPD, PLR e UDC sono maggioritariamente a favore della sostituzione dei Tiger.

Il grado di consenso all'acquisto del Gripen è ancora incerto. La decisione del centro borghese dipende tra l'altro da risposte soddisfacenti a determinate domande ancora in sospeso e dall'accettabilità del relativo rischio. Ai segnali positivi succedono segnali negativi. È degno di nota il fatto che i socialdemocratici svedesi approvano il Gripen E e considerano opportuna una collaborazione con la Svizzera. Il Programma d'armamento 2012 sarà accoppiato a una legge, la legge sul Fondo Gripen. Anche questo aspetto è contestato. I consiglieri agli Stati PPD vogliono un fondo «più ampio». È certo che se il Parlamento approverà questo, il Popolo sarà chiamato a pronunciarsi in merito all'acquisto.

Il Consiglio nazionale tratterà l'affare nella sessione invernale e il Consiglio degli Stati nella sessione primaverile. La votazione popolare avrà luogo nell'autunno 2013. Conformemente alle aspettative, la Commissione della politica di sicurezza del Consiglio nazionale ha seguito il Consiglio federale con 18 voti favorevoli (PBD, PPD, PLR, PVL, UDC) contro 7 (PS, Verdi). Le proposte alternative (controprogetto, obbligo di prestare un servizio civico, obbligo generale di prestare servizio) non hanno avuto alcuna chance. L'Assemblea federale approverà la proposta del Consiglio federale di respingere l'iniziativa.

In sintesi, il Popolo dovrà decidere se vuole un esercito di milizia basato sul servizio militare obbligatorio (come finora) oppure un esercito di milizia di volontari. Noi abbiamo gli argomenti più solidi. Sarà importante venderli in maniera «professionale». Sarà parimenti importante non prendere alla leggera il confronto.

L'USEs si basa in primo luogo sul Rapporto sull'esercito del 01.10.2010. Nel capitolo 7.3 è stabilito per quali campi d'attività sono previste delle concezioni. La parte A del rapporto complessivo – all'attenzione del capo dell'esercito e del capo del DDPS – è pronta. Si basa sulla decisione del Parlamento del 29.9.2011 in materia di pianificazione (100000 militari di effettivo regolamentare; max 15% di militari in ferma continuata; limite di spesa di 5 mia. fr. dal 2014). La parte B dovrà essere pronta entro la fine dell'anno e illustrare le conseguenze della decisione del Consiglio federale del 25.4.2012.

Rimane ancora in sospeso la parte del rapporto dedicata alle conseguenze di entrambe le varianti sul Concetto relativo agli stazionamenti. Misure di risparmio sono inevitabili e devono essere preventivamente discusse con i diretti interessati (in particolare i Cantoni). Potrebbe essere necessario attendere fino all'estate 2013 per la redazione del capitolo in questione. Il

messaggio (con «Concetto direttivo per l'esercito» integrato o separato) potrebbe quindi essere trasmesso al Parlamento non prima della fine del 2013.

I tre compiti (difesa, appoggio a favore delle autorità civili, promozione della pace) sono incontestati. La difesa rimane il compito fondamentale dell'esercito, ma deve essere adeguata alla situazione di minaccia. Parimenti importanti sono gli impieghi d'appoggio a favore delle autorità civili dei Cantoni e della Confederazione. La transizione da un ambito di compiti all'altro avviene di regola senza soluzione di continuità. I compiti «difesa» e «appoggio a favore delle autorità civili» devono essere permeabili nelle due direzioni. Le forze previste primariamente per un compito devono essere impiegabili

– dopo un adeguato periodo di preparazione – anche per l'adempimento dell'altro compito. Ciò è sensato. Con un effettivo regolamentare di 100000 militari, tutte le altre soluzioni sarebbero soltanto uno spreco di forze.

Se una minaccia si acuisce, la polizia non sarebbe più in grado di farvi fronte. Occorre l'appoggio di forze di sicurezza dell'esercito. Chi predica altro, misconosce la minaccia o le reali possibilità delle forze di sicurezza civili. Anche le conferenze cantonali competenti sono favorevoli a un effettivo regolamentare minimo di 100000 militari.

L'USEs impone una revisione parziale della legge militare e dell'ordinanza parlamentare sull'organizzazione dell'esercito. Il lancio di un eventuale referendum dipenderà dal

contenuto della revisione e dalle decisioni del Parlamento in merito a tale revisione. Attualmente un referendum sembra probabile.

Conclusione

Ci attendono decisioni politico-militari determinanti. Esse sono interconnesse. Decisivo per la procedura ulteriore sarà il voto del Popolo sull'iniziativa del GSSE. Se sarà un «sì», l'intera politica militare dovrà essere ripensata. Di conseguenza, è chiaro che al centro del confronto politico per un anno intero vi sarà la tematica «obbligo di prestare servizio militare: sì o no». La nostra strategia e la nostra tattica devono orientarsi a tale tematica. Dobbiamo parlare con una sola voce.

Ricordo del Divisionario Roberto Fisch

Un ufficiale che ha onorato il Ticino

Stefano Mossi



La notizia della scomparsa del divisionario Roberto Fisch ci ha trovati increduli e ci ha lasciato costernati. Nessuno, credo, poteva presagire qualcosa di simile, e anzi, a chi lo aveva incontrato di recente, era parso più attivo e impegnato che mai.

Roberto Fisch era l'esempio brillante di un ufficiale proveniente da una carriera di milizia e assunto ai massimi livelli della gerarchia militare. Pochi, prima di lui, ci erano riusciti. Il suo brillante curriculum dimostrava come ancora oggi un ufficiale di milizia, dotato delle necessarie capacità e disposto anche a fare sacrifici, possa ambire a raggiungere traguardi prestigiosi. Rappresentava senz'altro il miglior esempio per i giovani ufficiali che si apprestano a decidere il loro futuro militare, e esitano di fronte alle oggettive difficoltà nel coordinare la vita civile, e professionale in particolare, con il servizio.

Matematico e informatico di formazione, divenuto imprenditore di successo, non aveva mai abbandonato la passione per la carriera militare, generata dal suo profondo attaccamento al Paese e

alle istituzioni. Quale ufficiale di milizia aveva tra l'altro comandato il gruppo obici 49 e il reggimento di artiglieria 4. Poi nel 2003 arrivava la prima svolta, con la designazione, a partire dal 1. gennaio 2004, a comandante della neocostituita brigata fanteria di montagna 9, funzione allora rivestita ancora a tempo parziale. Nel 2007 passava al comando della regione territoriale 3, venendo promosso divisionario e lasciando definitivamente l'attività professionale civile.

All'inizio del 2011 era stato chiamato ad assumere il comando della base di aiuto alla condotta, una delle strutture più importanti dell'esercito svizzero. Le aspettative nei suoi confronti erano elevate: portare a termine una ristrutturazione allora ancora esitante nei suoi primi passi. Nel breve tempo che ha avuto a disposizione, grazie alle sue elevate competenze professionali, oltre che militari, ha saputo corrispondere la fiducia in lui riposta, imprimendo una svolta decisiva all'organizzazione a lui affidata.

In virtù della sua funzione, Roberto Fisch era pure entrato a far parte del comando dell'esercito, un gremio ristretto di alti ufficiali direttamente subordinati al capo dell'esercito. In quel contesto era quindi direttamente coinvolto nella gestione quotidiana dell'esercito, ma anche e soprattutto nei lavori, estremamente lunghi e complessi, legati a quel progetto di sviluppo futuro dell'esercito dall'esito ancora estremamente incerto, nell'attesa di definitive decisioni politiche.

Nell'esercizio delle sue varie funzioni, Roberto Fisch non ha mai dimenticato le sue origini ticinesi, e pur nel rispetto del suo compito, non ha mai mancato di avere un riguardo particolare per il Ticino, per le sue tradizioni militari, e per i mi-

liti ticinesi. Vorrei qui solo citare i suoi puntuali e incisivi interventi a sostegno dell'italianità nell'esercito e della presenza militare nel nostro cantone.

Roberto Fisch non aveva mai mancato di dedicare il suo tempo e il suo impegno anche ad attività politiche, nella sua Lugano, e associative, rivestendo tra l'altro la carica di presidente del Circolo Ufficiali di Lugano e quella di vicepresidente della Società Svizzera degli Ufficiali.

La mia carriera si era intrecciata relativamente tardi con quella di Roberto Fisch: fui suo collaboratore, e poi suo sostituto quando era alla brigata fanteria di montagna 9, e poi ebbi l'onore di succedergli al comando della stessa. Da allora i nostri contatti professionali, ma anche personali, si fecero ancora più stretti, anche se negli ultimi mesi, oramai, trovava sempre meno il tempo di scendere in Ticino. Persona piacevole e affabile, pronto al dialogo come anche al dibattito, da sempre era conosciuto come uomo di grande impegno, instancabile e esigente, con se stesso prima ancora che con gli altri. Caratteristiche confermate anche nell'assolvimento del suo ultimo compito, che lo vedeva investire senza riserve e senza condizioni tutte le sue risorse.

Ed è forse questa l'immagine migliore per ricordarlo: un ufficiale che, fino all'ultimo, ha dato tutto se stesso all'esercito e al suo Paese. Un esempio per tanti, un onore per il Ticino.

Stefano Mossi, Comandante Brigata fanteria montagna 9. (copyright La Regione Ticino, di lunedì 27 agosto u.s.).

Buchempfehlungen / Recommandations de livres

Heinrich L. Wirz

Ein neues, reich illustriertes Standardwerk zur einzigartigen schweizerischen Geschichte: «Ein Bild sagt mehr als tausend Worte»



Thomas Maissen lässt seiner vielverkauften *Geschichte der Schweiz* eine grossformatige und lesefreundliche *Schweizer*

zer Geschichte im Bild (siehe Kästen) folgen und schreibt in seinem Vorwort: «Gerade in einem mehrsprachigen und föderalistischen Land, in dem die kollektive Erinnerung stark durch kantonale Traditionen geprägt ist, stifteten und stiften Bilder der Vergangenheit ein überregionales Zusammengehörigkeitsgefühl.»

Die 13 Kapitel reichen von den mittelalterlichen Räumen über die wirtschaftlichen Reformen, politischen Revolten bis «Vom Staatenbund zum Bundesstaat» und zu «Gewinnträchtige, verlustreiche Anpassung». Illustriert werden vorwiegend Ereignisse gesamtgesellschaftlichen Ausmasses. Die über 400 zumeist farbigen Bilder werden ergänzt mit knappen und verständlich formulierten Begleittexten. Diesen merkt man sowohl die frühere journalistische Tätigkeit als auch die kritische historische Ausrichtung des Verfassers an. Er weist jedoch zu Recht auf negative Entwicklungen der beiden letzten Jahrzehnte und auf die politisch schwie-

rige derzeitige und kommende Lage unseres Landes hin. «Die Globalisierung lässt die Nationalstaaten immer öfter die Grenzen ihrer souveränen Gestaltungskraft erleben.» Die Suche nach den nötigen internationalen Regeln sei konfliktträchtig. Die Schweiz habe in den letzten Jahren mit befreundeten Staaten – wie Deutschland und den USA – zuvor ungewohnte Streitfälle erlebt.

Der Bildband eignet sich sehr als weihnächtliches Geschenk an diejenigen Alterskategorien, in deren Schulunterricht das Fach Schweizergeschichte ein Schattendasein gefristet hat. Aber auch die älteren Generationen erhalten einen Rückblick auf die selbst erlebte Zeit die noch bis zum Zweiten Weltkrieg zurückreichen kann. An diesen erinnern die Bilder von der Landesausstellung, von General Henri Guisan nach der Vereidigung (je 1939) und von seinem Rütli-Rapport (1940). In jüngerer Zeit mahnen die Illustrationen an schmerzliche Ereignisse zum Beispiel während des schlimmen Jahres 2001 mit dem

Attentat in Zug und dem Untergang des nationalen Flaggsschiffes *Swissair*. Auf jeden Fall fordern vor allem die Bilder, aber auch die dazugehörigen Texte des in Heidelberg lehrenden Historikers Thomas Maissen alle Betrachtenden und Lesenden auf, sich mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unseres Landes konstruktiv auseinanderzusetzen. Zu diesem Zweck benötigt die Schweiz alle Beteiligten, in erster Linie ihre Bürgerinnen und Bürger.



«Rückzug der Grande Armée über die Beresina 1812»
(Quelle: Maissen: *Schweizer Geschichte im Bild*)

Thomas Maissen:
Schweizer Geschichte im Bild

291 Seiten, farbige und schwarzweisse Abbildungen, gebunden.
hier + jetzt Verlag, Baden 2012.
ISBN: 978-3-03919-870-2
Verkaufspreis: Fr. 78.–

Vom gleichen Autor:
Geschichte der Schweiz

352 Seiten, 13 schwarzweisse Abbildungen, 2 Karten, broschiert.
hier + jetzt Verlag, Baden 2010;
4. Auflage, mit Registern 2011.
ISBN: 978-3-03919-174-1
Verkaufspreis: Fr. 38.–

«Die erste und unerlässliche Bedingung, um den Krieg mit Auszeichnung zu führen, ist der feste Wille, sich schlagen zu wollen.»

Antoine-Henri Jomini (1779–1869)



Antoine-Henri Jomini wurde am 17. März 1779 in Payerne im damals unter Berner Herrschaft stehenden Waadtland geboren. Er wurde Schweizer Hauptmann und Bataillonskommandant, Brigadegeneral der französischen Grande Armée unter Napoleon, Generalleutnant der russischen Armee des Zaren Alexander I., «General en chef» unter Zar Nikolaus I. und Militärberater von Kaiser Napoleon III.

Der Militärgeschichtler Jean-Jacques Langendorf legt einen in Inhalt und Umfang reichhaltigen Buchband vor, übersetzt aus dem Französischen. Er erleichtert dem Lesenden die gedankliche Erfassung von Persönlichkeit, Leben und Leistungen von Jomini vorerst mittels einer ausgedehnten biographischen Chronik. Diese reicht vom Geburtsjahr 1779 über das Todesjahr 1869 hinaus bis 1922. Sie liest sich teilweise wie ein Kriegstagebuch, zum Beispiel über Kaiser Napole-

ons Russlandfeldzug von 1812. Dessen katastrophales Ende sah Jomini voraus. «Unser Einmarsch in Litauen war unter ungünstigen Vorzeichen erfolgt, furchtbare Regenfälle ramponierten unsere Pferde, die nur grünen Roggen fressen und unter einer wahren Sintflut biwakierten; die der Artillerie gingen in ganzen Gespannen zugrunde. [...] Das Arrondissement Wilna war mit 4000 bis 5000 Pferdekadavern verschüttet. Der Verpflegungsmangel und die vom Durchmarsch von 300000 Mann verursachte Unordnung hatte eine Vielzahl von Nachzügeln zu Folge; man zählte bereits mehr als 30000. All das gab zu denken.»

Der Autor behandelt im zweiten Teil seines Buches das politische, historische und militärische – Strategie und Taktik – Denken und Handeln Jominis im Laufe des 19. Jahrhunderts. Zu seinen Hauptwerken gehören: *Traité de grande tactique* (1805), *Traité des grandes opérations militaires* (1807) und das Handbuch der Kriegskunst *Précis de l'art de la guerre* (1838).

Jomini ist neben dem Preussen Carl von Clausewitz der wichtigste Militärstrategie und –schriftsteller des 19. Jahrhunderts. Leider trifft das

Bibelwort vom Propheten, der in seinem eigenen Vaterland nicht gilt, auch auf Jomini zu. Dies im Gegensatz zu seinem andauernden Einfluss in Amerika, angefangen im Sezessionskrieg (1861–1865) über den Golfkrieg von 1991 bis zum heutigen Studium seiner Prinzipien der Kriegsführung. Diese sind im Grunde genommen einleuchtend einfach und durch eine tausendjährige Geschichte erhärtet. Dem Lehrbuch von Jean-Jacques Langendorf über einen verkannten Schweizer ist weite Verbreitung zu wünschen, insbesondere in der gegenwärtig schwierigen strategischen Lage unseres Landes.

Jean-Jacques Langendorf:
Krieg führen: Antoine-Henri Jomini

Michael Arnold & Walter Troxler (Hrsg.). Schriftenreihe *Strategie und Konfliktforschung*. 508 Seiten, *Lebenschronik, Literaturverzeichnis, Namensregister*, broschiert.
vdf Hochschulverlag an der ETH Zürich, Zürich 2008.
ISBN 978-3-7281-3168-3
Verkaufspreis Fr. 40.–

Wie die schweizerischen Behörden die verfassungsrechtlichen Fundamente zu brechen und das Volk zu entmachten drohen

«Gerade wer die Schweiz schätzt, muss alles unternehmen, um ihren Souveränitätsanspruch gegen alle Anfechtungen von aussen wie innen mit ganzer Entschlossenheit zu verteidigen. Jedes Land hat das Recht, innerhalb seiner Grenzen nach seinen eigenen Gesetzen zu leben. Das bedeutend im Wesentlichen aber auch, dass die Grundrechte eines Staates

unangefochten landesinternen Vorrang geniessen müssen: Es ist dies das Erfordernis der Rechtsstaatlichkeit, das von Drittstaaten zu respektieren ist.»

Hans Giger im Vorwort.

Das Thema «Rechtsstaatlichkeit» und alle mit ihrer Ausrichtung verbundenen Folgen für den Staat liessen eine vertiefte Auseinandersetzung zum unverzichtbaren Gut eines jeden Staatsbürgers werden. Ein sehr geeignetes Mittel zu diesem Zweck ist das vorliegende Werk, eine ausgedehnte Fundgrube einleuchtender und begründeter Überlegungen. Wer nun befürchtet, ein trockenes Lehrbuch für Juristen lesen zu müssen, der hat sich völlig geirrt. Im Gegenteil: gut verständliche Pflichtlektüre für alle, die zu unserem Lande und seiner Zukunft Sorge tragen.

Der Autor behandelt die Rechtsstaatlichkeit aus allen Blickwinkeln, insbesondere deren Bedrohung, die Ursachen deren Demontage und den Stellenwert der Massenmedien. Seine Schlussbetrachtung setzt er unter den Titel «Kampf um die Rechtsstaatlichkeit als vornehmeres Ziel des Souveräns». Diese umfasse auch den Grundsatz, «wonach jeder Bürger unserer Nation den unentzehlbaren Anspruch auf Schutz vor fremden Übergriffen geltend machen kann». Das bedeute die Pflicht, «eine funktionstüchtige Armee aufzubauen und zu unterhalten.» Hans Giger blickt zurück auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, in der die Angst weite Bevölkerungsschichten beherrschte. Grund dafür war, dass noch keine genügend wirksame militärische Abwehr bestanden hätte, um wenigstens eine Abschreckungswirkung zu erzielen. Es töne deshalb wie

eine Verhöhnung der Wirklichkeit, wenn heute gewisse «Volksvertreter» in ihrer menschenverachtenden Unbedarftheit die Frage stellen, wofür überhaupt Rüstungsgüter gekauft werden. «Vielleicht sollte man sich darauf besinnen, dass Steuergelder in allererster Linie zum Wohl und zur Sicherheit der Bevölkerung einzusetzen sind.»

Nicht erstaunlich sei, dass die Soziale Wohlfahrt sowie die Finanzen und Steuern (Schuldzinsen) beinahe die Hälfte aller Bundesausgaben ausmachen. Gefährlich sei hingegen, am falschen Ort zu sparen, wie etwa zu Lasten der staatlichen Sicherheit. Im Jahre 2011 hätte zwar das Parlament – zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges – eine Erhöhung der Armeeaussgaben von 4,4 auf 5 Milliarden Franken sowie einen Bestand von 100000 Armeeingehörigen beschlossen. Als Folge davon wolle nun der Bundesrat den staatsrechtlich bindenden Entscheid des Parlaments wieder umstossen. «Dieses eines Rechtsstaates unwürdige Vorgehen spekuliert auf ein Umdenken in der nun nach den Wahlen vom Herbst 2011 für vitale Anliegen wie etwa die Landesverteidigung weniger motivierten Zusammensetzung des Parlaments.»

Hans Giger:
Die verlorene Ehre der Mutter Helvetia – Politische Machtentfaltung im Fokus allgemeiner Rechtsprinzipien.

448 Seiten, gebunden.
Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2012.
ISBN 978-3-03823-787-7
Verkaufspreis: Fr. 54.–



Ab sofort können die zahlreichen Befestigungsanlagen des Museumsvereins auf Voranmeldung auch individuell durch Gruppen besucht werden. Angaben unter der **Homepage des Festungsmuseums Full-Reuenthal, www.festungsmuseum.ch**. Anfragen oder Anmeldungen nimmt der Veranstalter unter 062 772 36 06 oder info@festungsmuseum.ch gerne entgegen.

Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates

Kommission erwartet vom Bundesrat Klarheit über die künftige Ausgestaltung der Armee

Medienmitteilung vom 19. Oktober 2012

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) erachtet die bundesrätlichen Sparvorgaben zum Armeebudget als höchst problematisch. Die Kommission verlangt Auskunft über die konkreten Auswirkungen dieser Sparvorgaben auf die Ausgestaltung und das Leistungsprofil der Armee. Falls nötig wird sie Korrekturen einleiten.

Die Kommission liess sich vom Chef des VBS namentlich über die vom Bundesrat am 21. September 2012 im Verteidigungsbereich beschlossenen Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushaltes informieren (Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014, KAP 2014). Diese neuen Sparvorgaben kumuliert mit der bereits am 25. April 2012 vom Bundesrat beschlossenen Kürzung der jährlichen Ausgaben der Armee um 300 Millionen auf rund 4.7 Milliarden pro Jahr ab 2014 sind für die Kommission schwer nachvollziehbar. Diese Kürzungen missachten den vom Parlament im Jahr 2011 vorgegebenen Ausgabenplafond der Armee von 5 Milliarden.

Im Armeebericht ging der Bundesrat von 80'000 Armeeingehörigen und von einem Ausgabenplafond von 4.4 Milliarden pro Jahr aus. Künftig will der Bundesrat mit dem gleichen Betrag eine Armee mit 100'000 Armeeingehörigen finanzieren. Mit weiteren 300 Millionen pro Jahr sollen gemäss Bundesrat zudem nicht nur neue Kampfflugzeuge beschafft, sondern auch noch die Ausrüstungslücken beseitigt werden. Solche Vorgaben werden aus Sicht der Kommission schwer-

wiegende Auswirkungen auf die Armee haben. Die Kommission vertritt demgegenüber die Ansicht, dass die Ausgestaltung der Armee primär aufgrund der sicherheitspolitischen Erfordernisse zu erfolgen hat statt durch finanzpolitische Vorgaben. Insbesondere muss ein Gleichgewicht zwischen den Aufträgen der Armee und den ihr zur Verfügung zu stellenden finanziellen Mitteln erreicht werden.

Vor diesem Hintergrund will die SiK-S vom Bundesrat erfahren, wie die Armee mit den von ihm zugedachten knappen finanziellen Mitteln konkret ausgestaltet sein soll. Insbesondere will die Kommission informiert werden, in welchem Umfang und bei welchen Bereichen geplant ist, das Leistungsprofil der Armee zu reduzieren. Schliesslich will sie Auskunft darüber, wie sich die Kürzungen auf die Bereiche Ausrüstung und Infrastruktur der Armee sowie auf das Personal des VBS auswirken werden. Die Kommission erwartet dazu einen Bericht des Bundesrates, der in der zweiten Novemberhälfte verfügbar sein sollte.

Aus diesen Gründen und weil das Rüstungsprogramm 2012 sowie das darin enthaltene Gripenfonds-gesetz erst Ende November 2012 vom Bundesrat verabschiedet werden, hat die Kommission die Vorprüfung der Motion Bieri «Zukünftige Ausgestaltung und Finanzierung der Armee» vorerst sistiert.

www.promilitia.ch

Besuchen Sie die Internet-Seite!

Commission de la politique de sécurité (CPS-E)

Le Conseil fédéral est chargé d'apporter des éclaircissements sur l'organisation future de l'armée

Communiqué du 19 octobre 2012 (extrait)

La Commission de la politique de sécurité du Conseil des Etats (CPS-E) estime que les objectifs d'économies du Conseil fédéral en matière de budget de l'armée posent un problème épineux. Elle demande par conséquent au gouvernement de lui fournir des informations sur les conséquences concrètes des mesures prévues sur l'organisation et le profil de prestations de l'armée. Si nécessaire, elle se réserve le droit de proposer des corrections.

Le chef du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS) a notamment présenté à la CPS-E les mesures prises par le Conseil fédéral le 21 septembre dernier en vue d'alléger le budget fédéral dans le domaine Défense (programme de consolidation et de réexamen des tâches 2014 [CRT 2014]). Ces nouvelles économies s'ajoutent aux coupes annoncées le 25 avril 2012 : le gouvernement avait alors décidé de réduire de 300 millions de francs les dépenses annuelles de l'armée pour les porter à 4,7 milliards de francs à partir de 2014. Il est difficile, pour la commission, de comprendre les raisons pour lesquelles le Conseil fédéral procède à de nouveaux allègements et fait fi du plafond de dépenses de 5 milliards de francs décidé par le Parlement en 2011.

Dans son rapport sur l'armée, le Conseil fédéral parlait d'une armée de 80'000 hommes et d'un plafond de dépenses de 4,4 milliards par an. Il souhaite désormais financer une armée de 100'000 soldats avec le même montant. Par ailleurs, il considère que 300 millions supplé-

mentaires par an devraient permettre non seulement d'acheter les nouveaux avions de combat, mais aussi de combler les lacunes dans l'équipement militaire. La CPS-E est d'avis que de telles exigences auront de graves conséquences pour l'armée. Elle estime pour sa part que l'organisation de l'armée doit avant tout être dictée par des considérations de politique de sécurité et non uniquement budgétaires. Selon la commission, il convient en particulier de trouver un équilibre entre les missions qui sont confiées à l'armée et les moyens financiers à sa disposition.

Dans ce contexte, la CPS-E attend du Conseil fédéral qu'il lui explique comment il entend organiser concrètement l'armée, au vu du budget limité qu'il prévoit de lui allouer. Elle souhaite notamment savoir dans quelle mesure et dans quels domaines il envisage une réduction des prestations de l'armée. Enfin, elle veut connaître les effets des coupes budgétaires sur l'équipement et l'infrastructure de l'armée, ainsi que sur le personnel du DDPS.

La commission attend du Conseil fédéral qu'il traite ces points dans un rapport qui devrait être disponible durant la seconde moitié du mois de novembre.

Compte tenu de ce qui précède et du fait que le Conseil fédéral ne se penchera sur le programme d'armement 2012 – qui comprend la loi créant un fonds spécial Gripen – qu'à la fin du mois de novembre prochain, la CPS-E a décidé de suspendre l'examen de la motion Bieri «Organisation et financement de l'armée dans le futur».

«Pro Militia» sucht Chefredaktor-Stellvertreter

Aufgabe: Verfassen militärfachtechnischer sowie sicherheits- und militärpolitischer Beiträge; befragen militärischer und politischer Funktionsträger; mitarbeiten bei der Planung und Gestaltung von Zeitung und Webseite www.promilitia.ch; besuchen von Medienkonferenzen und von militärischen Formationen.

Anforderungen: sicherheitspolitische und militärische Kenntnisse, wenn möglich journalistisch-publizistische Erfahrung oder diesbezügliche Lernfähigkeit, Sprachkenntnisse deutsch / französisch / italienisch (ohne Übersetzungen) und Vertrautheit mit Informatik und Internet.

Die ehrenamtlich-professionelle Tätigkeit mit Ersatz von Auslagen (Bürotechnik, Displacement) eignet sich auch für einen kürzlich pensionierten Berufsoffizier oder Militärbeamten. Sie ermöglicht, nach Einarbeitung die Türen zur Medienfachwelt zu öffnen – einschliesslich der einschlägigen Fachpublizisten-Verbände – sowie den Zutritt zum Medienzentrum Bundeshaus und zum Parlamentsgebäude.

Spricht «Pro Militia» Sie an? Dann melden Sie sich bitte beim Chefredaktor oder beim Bundeshaus-Redaktor für ein persönliches und diskretes Gespräch (Adressen siehe unten im Impressum)!

Ich trete bei / J'adhère / Mi faccio socio

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an / renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia / Postfach / Case postale 369; 3000 Bern 14
Postkonto / compte postal 30-31912-9

Jahresbeitrag Fr. 25.– / Cotisation annuelle frs. 25.–. Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen / L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle

Dal Ticino e dal Grigioni italiano da spedire p. f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–. Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.

Pro Militia

Impressum

Nummer/Numéro/Numero
4/2012, 19.11.2012

Abschlussdatum/Date de
clôture/Data di chiusura:
30.10.2012

Druckauflage/Tirage/
Tiratura: 4900

ISSN 1662-5560

22. Jahrgang/22^e année/
22^e annata

Erscheint vierteljährlich/Paraît
trimestriellement/Trimestrale

Nummer/Numéro/
Numero 1/2013

Redaktionsschluss/Délai de
rédaction/Termine di redazione:
25.01.2013

Erscheinungsdatum/Date de
parution/Data di pubblicazione:
25.02.2013

www.promilitia.ch

Herausgeber/Editeur/Editore
Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und
eingeteilter Angehöriger der
Schweizer Armee
Association d'Anciens militaires
et de militaires incorporés de
l'Armée Suisse
Associazione di ex militari e di
militari incorporati dell'Esercito
Svizzero

Präsident/président/presidente:
André Liaudat
Vizepräsidenten/vice-présidents/
vice-presidenti: Jean Abt, Simon
Küchler
Presidente Sezione della Svizzera
italiana (SSI): Angelo Polli

Chefredaktor/Rédacteur en
chef/Caporedattore:
Reinhard Wegelin, Postfach
3005, 8503 Frauenfeld
079 961 17 88
redaktion@promilitia.ch

Bundeshaus-Redaktor/
Correspondant parlementaire/
Corrispondente parlamentare:
Heinrich L. Wirz, Ritterstrasse 4,
3047 Bremgarten, 031/301 79 13
heinrich.l.wirz@bluewin.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/
Ufficio

Postfach/Case postale/
Casella postale 369
3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch
Postkonto 30-31912-9

Druck und Versand/
Impression et expédition/
Stampa e spedizione:
Stämpfli Publikationen AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten /
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati



Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea